

**Einzelpreis 90 Mark.**  
In Posen ohne Zustellung monatlich 2000 M.,  
mit Zustellung ins Haus monatlich 600 M.,  
und monatlich 2400 M., durch die Post bezogen  
monatlich in Posen 2400 M.,  
Anzeigenpreise:  
Die 7-spaltige Monoparallele 180 Mark.  
Reklamen die 4-spaltige Monoparallele:  
600 M., Eingeladene in totalen Zeilen 750 M.,  
für die Kopierzeile; für das Ausland 50%  
Zuschlag; für die erste Seite werden keine  
Anzeigen angenommen. — Donatoren werden  
nur nach vorheriger Vereinbarung gedruckt  
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden  
nicht aufbewahrt.

# Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Ercheim mit Ausnahme der noch Sonn-  
tagen folgenden Tage: täglich früh.  
Schriftleitung und Geschäftsstelle  
Petrikauer Straße 86, Tel. 6-86  
Bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt  
Arbeitsniederlegung oder Ausverzug hat der  
Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der  
Heftung oder Rückzahlung des Bezugspreises.  
Eigene Vertretungen in:  
Alexandria, Bagdad, Belgrad, Berlin, Kairo,  
Konstantinopel, Lemberg, Lublin, Warschau,  
Gdansk, Lodz, Poznan, Radom, Siedlce, Tarnobrzeg,  
Zamosc, Zyrardow, Zgierz usw.

Nr. 253

Freitag, den 27. Oktober 1922

5. Jahrgang.

## 16! Wählt Liste 16!

### Die Krisis der britischen Weltmacht.

Von Dr. Karl Hoffmann.

Durch die Ereignisse des Krieges war für die englische Weltmacht nicht nur die Landlinie Kap-Horn-Kairo und Kairo-Kalkutta ausgefallen und damit das Programm eines britischen Indiamer-Reiches in der Hauptsache durchkreuzt worden, sondern dem Anschein nach hielt ihr das Schicksal die Aufgabe vor, die breite Bandverbindung von der Ost- und Nordsee bis zum Persischen Golf, diesen ostmittelmeer-orientierten vorderasiatischen Raum als Gehirnschlag des Berlin-Bagdad-Gebankens in eine heberherrschbare Einheit zu bringen. Vor dieser großen Ueberlandaufgabe hat die englische Staatsmacht versagt. Man mag sich in Anspruch nehmen, konnte sie sich nicht darauf konzentrieren, und ihre jahrhundertelange Uebung war mehr darin, auf der See aus in unterworfenen Hinterländern zu gehen, als einen räumlichen Komplex voll ungeheurer Fragewürdigkeiten von innen her zu bewältigen.

Ihrem Willen stellte jener roh umrissene Raum sich freilich als vorgegebene Einheit im Sinne geographischer Zusammenhänge, doch als eine Zweiteilung von politischen Problemgebieten entgegen, die in ihren lebendigen Gewässern nicht nur kulturell verschiedenartig sind, sondern sich auch räumlich auf eigenmächtige Weise befanden. Die politische Ueberlandaufgabe wurde gespalten: es entstand der kontinental-europäische und der vorderasiatische Aufgabenkreis. An diesen wucherte sich die machtpolitische Provokanda der Sowjetkräften heran, um zwischen die Gänge zu schleichen und das islamitische Lebensgefühl einer Kulturwelt zur Entzündung zu helfen. Und in jenen drang die französische Vorherrschaft ein. Auf der einen Seite spitzten sich die Probleme zur Frage der deutschen Reparationen mit ihren „Sanktionen“, der französischen Befehls von Rhein und Ruhr und der Finanzkontrolle mit entsprechenden Pfändern zusammen, während sie auf der anderen Seite in der gewalttätigen Bewegung des Ankoratürkischen Nationalismus einen stärkeren Ausdruck empfingen.

In den Jahren 1919 bis heute hat Lloyd George stets eine Politik im Auge behalten, die darauf abging, die beiden Problemgebiete gegeneinander aufzuwiegen und zur Geltung zu bringen, um mit ihnen schließlich fertig werden und eine entscheidende Lösung verschoben zu können. Zeit erfolge oder Hindernisse auf der einen Seite wurden mit Inzestänbissen und Rückschlüssen auf der anderen Seite erkaufte. An Frankreich als Partner dieser Diplomatie war Lloyd George durch die Friedensverträge gebunden und mußte es bleiben, wollte er nicht eine gefährliche Auseinandersetzung riskieren. Denn die Annoratorische Bewegung bekam an der französischen Republik einen Rückhalt, da diese von ihren gewonnenen Positionen zu einer eigenen Orientpolitik vorwärtigen begann und das Türkentum wieder dazu bewogte, um ihre kontinental-europäischen Breitenforderungen wild in die Höhe zu treiben; und auf dem europäischen Festlande war sie unmittelbar der politischen Geometrie. Das heißt: Frankreich wurde zugleich zum politischen Verhandlungspartner und Feind. Lloyd George sah sich darauf angewiesen, mit einem heimlichen Feinde zu verhandeln, um die Auseinandersetzung mit ihm zu vermeiden.

Dies künstliche Spiel vermochte nur solange zu glücken, als die Verhandlungsobjekte still hielten und keine Widerstände versuchten. Hätte Deutschland sich beim Ultimatum von London oder bereits in Spaas widersetzt, so wäre Lloyd George vielleicht schon damals gefallen. Die Annoratorische Bewegung ging aber aus dem Selbsthaltungstrieb, dem Trieb zum Widerstand hervor. Sie beruht überhaupt auf dem Widerstand und machte ihn wahr. Sobald er durchdrang, mußte die bisherige Politik Lloyd Georges in sich zusammenstürzen, und das ist geschehen.

Er konnte noch dreierlei wagen. Er konnte Enolands vorderasiatische Pläne einwickeln hintersitzen, um für die Energie der herrschenden Insel in ihrer kontinental-europäischen Hinterlagerung erst neue Kräfte zu sammeln und Frankreich hier zur Ordnung zu nötigen. Umgekehrt konnte er die britische Macht in Vorderasien zurückfordern und wiederherstellen, um das proble-

matische Europagebiet dem Franzosentum als Gegenleistung zu überlassen. Beides wäre ein endgültiges Ausspielen der zwei Raumprobleme wider einander gewesen, die letzte Folge jenes sich selber aufhaltenden Scheitervorgangs. In ihren mechanisch fortlaufenden Wirkungen hätte die erste Möglichkeit sich allerdings dem alten „kleinasiatischen“ Gedanken so stark genähert, daß sie mit den Erfordernissen in der räumlichen Gesamtstruktur der ausgeführten britischen Weltmacht kaum übereingestimmt haben würde. Die andere Möglichkeit aber wäre unter Umständen zur Preisgabe von Enolands europäischer Großmachtstellung für den „allbritischen“ Reichsgeanken geworden.

Und schließlich blieb als Drittes die Kühnheit eines Versuchs, die britische Politik herumzureden und völlig auf die Gegenseite zu weichen, so daß sie in Vorderasien den französischen Einfluß verdrängt, indem England abermals als die Haupt-schlagmacht der Türkei und des Islam erscheint und die türkische und englische Auffassung von der „Freiheit der Meere“ in Einklang versetzt werden sollen. Es wäre eine mittelbare Entspannung des östlich-vorderasiatischen Faktors und der islamitischen Raumwelt in die bereicherte Einheitsführung der Totalität des Britischen Reiches bedeuken, ohne daß auf die überlieferte Europa-politik Verzicht getan worden wäre. Wenn man sich nicht täuscht, hat Lloyd George sich an diesen Versuch herantrauen wollen, was ihm glücklicherweise mißlang.

Die Bestimmungen waren in Hefigkeit, als daß er in Vorderasien noch hätte Lust kriegen können. Nicht nur wurde Mustafa Kemal durch Frankreich gedrückt, sondern die lauernde Klugheit der Sowjetkräften sprang mit einem jähen Satz in die Ausdauerlichkeit der Lage hinein, so daß der hundertjährige Meeresschlacht zwischen Rußland und England von neuem entzündet ist. Und diese Verhältnisse erbrachten nicht nur — gewissermaßen über Kreuz — eine Fühlungsnahme zwischen Sowjetrußland und Frankreich, die trotz ihrer Scheitbaren Absichtlichkeit die europäischen Dinge verschlimmerte, sondern die französischen Angoraten-bungen wurden indirekt von den Vereinigten Staaten gestützt und sogar auf Umwegen gefördert. Die Delpolitik rief das Interesse Nordamerikas wach: durch einen englischen Sieg in

Konstantinopel wäre der ungehinderte Zugang nach Batum, dem Hafen von Baku ernstlich bedroht, und in den mesopotamischen Feldern liegt der Schwerpunkt aller blutigen Zweifelsfragen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien.

Während der letzten Monate hat Nordamerika Enolands kleinasiatische Schwierigkeiten in aller Stille dazu verurteilt, um den in Washington vereinbarten „Delfrieden“, der voraussetzungsweise nord-amerikanischen Einheiten betraf, wieder unmerklich in der Praxis zu machen und sich freieres Terrain für Asien und Ostindien zu schaffen. Die Uebergabe der gesamten persischen Finanzkontrolle an amerikanische Hochpostler (Marquis Shufeldden und Milpman) scheint eine beschlossene Sache zu sein, und die Finanzkontrolle über das Wirtschaftleben des Landes kann dieses Land zu einer politischen „Einflußsphäre“ entwickeln. Dies wäre ein räumliches Gegenstück zur anatolischen Politik der Franzosen: in der östmittelasiatischen indischen Siedlungsfläche würde das ungeheuerliche Briten-ostwärts vom mesopotamischen Bereich, unter der nordamerikanischen Obhut dem Raum zusammenhang vollends entzweit, nachdem im Westen auf der Verbindungsseite um europäischen Festlande hin der kleinasiatische Türkentum dem ganzen Gefüge schon einen selbständigen Block herausgebracht und abgetrennt. Der britische Vorderasien-Gebäude mit seiner Hohlheit über die Verflechtungen der alten Erdteile zerbröckelt unter doppeltem oder dreifachem Druck. Kappiten und Jandies wären wieder auseinandergerissen, und Mesopotamien läge für Zugriffe offen und nackt.

Das Gebäude des Empire ist in höchster Gefahr, und darum fürchte Lloyd George. Vermutlich wird sich das neue Kabinett allbritisch verhalten und die nächsten Unkosten mit einer Zurückstellung von Europa-interessen bezahlen. Das bedeutet für Deutschland: der Versailler Vertrag soll im französischen Sinne jetzt erst verwirklicht werden. Mit stärkerer Energie hat das vorderasiatische Raumgebiet sein Eigengewicht emporgeschoben und eine Entscheidung veranlaßt, so daß die Problematik Mitteleuropas, deren deutsche Zentral-kräft passiv und untätig blieb, in schwächerer Maßschale sinkt und bloß das Opfer dieser Entscheidung sein kann.

### Eine französische Anleihe für Polen

Der „Gazeta Warszawska“ wird aus Paris gemeldet: Die französische Regierung hat in der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf über eine 5-prozentige Anleihe für die polnische Regierung in Höhe von 400 Millionen Franken niedergelegt. Der Entwurf ist vom Präsidenten der französischen Republik, vom Ministerpräsidenten und vom Finanzminister unterzeichnet. Dem Projekt geht eine Begründung voraus, in der die Rede davon ist, daß die polnische Regierung schon im Februar 1921 zur Deckung der Ausgaben, die sie in Frankreich machen sollte, den Wunsch äußerte, daß die französische Regierung ihr eine Anleihe von 400 Millionen Franken gewähren würde, die in einigen Raten abgezahlt werden sollte. Die französische Regierung erklärte sich bereit, die Anleihe zu gewähren, wenn sie tatsächliche und ausreichende Garantien erhält. Es scheint der französischen Regierung, daß sie unter den gegenwärtigen Bedingungen der Regierung eines verbündeten Staates, an dessen Gedeihen Frankreich so sehr interessiert ist, die Gewährung eines Kredits nicht verweigern kann. Das Projekt wird augenblicklich vom Finanzausschuß der Kammer erörtert.

### Die Gährung in Ostgalizien.

Verhaftung eines ukrainischen Redaktors. Lemberg, 26. Oktober. Im Zusammenhang mit den sich immer wiederholenden Sabotageakten in Ostgalizien und dem Ueberfalle böhmisch-ukrainischer Banden an der Grenze Ostgaliziens sind nach Lemberg gekommen: der Kommandant

der Sinesopolizei Koszowski und der Chef der Sicherheitssektion im Ministerium des Innern Urbanowicz. Gleich nach Ankunft in Lemberg haben sie mit den Kreiskommandanten aus ganz Ostgalizien eine Beratung über Mittel und Wege gegen die Sabotageakte abgehalten.

In der Nacht vom 19. auf den 20. d. Mts. wurde eine Reihe Revolutionen und Verhaftungen vorgenommen. Es wurden alle Vereinslokale der Ukrainier und die Wohnungen der ukrainischen Führer durchsucht. Auf Grund der vorgefundenen belastenden Materials wurden über 100 Personen verhaftet, unter anderen der Chefredakteur Fedorow und Administrator Nawrocki des ukrainischen „Dobro“ „Dilo“. Auch in Stanislaw und Tarnopol wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Auch den Märdern des Prof. Twerdowski ist die Polizei auf die Spur gekommen.

### Der beginnende Wahlkampf in England.

London, 26. Oktober. Die Arbeitspartei ist auf der ganzen Linie in den Wahlkampf eingetreten. Der Parteiführer Claines hielt in Bristol eine Rede, in der er erklärte, daß die Partei an dem Ausfall der Wahlen sehr interessiert sei, weil sie gegen jede bürgerliche Koalition ist. Henderson sagte, der Regierung Lloyd George sei eine reaktionäre Regierung gefolgt.

### Die neue irische Verfassung.

Dublin, 26. Oktober. (Nat.) Das irische Parlament hat den Entwurf der neuen irischen Verfassung angenommen. Dieser Entwurf wird dem englischen Parlament unverzüglich zur Ratifizierung unterbreitet werden.

### Der französische Kontrollplan.

Der Sinn der Denkschrift, die Herr Barthou namens der französischen Delegation der Reparationskommission als Gegenzug gegen den Vorschlag Bradburns übergeben hat, läßt sich — so schreibt die „Frls. St.“ — mit wenigen Worten feststellen: Deutschland soll unter eine vollständige diktorische Finanzkontrolle gestellt werden. Zu der bis ins einzelne gehenden Ueberwachung, unter der wir ja bereits stehen, zu der reifsten Information, die wir über alle Verhältnisse der Finanzen und der Wirtschaft den Siegern zu geben verpflichtet sind, soll nach dem Plane der französischen Regierung jetzt auch das Beste kommen: daß die Reparationskommission die Herrin unseres Budgets, die Herrin über Einnahmen und Ausgaben des Staates werde — eine Herrin, die berechtigt wäre, hier eine Ausgabenverminderung und dort eine Einnahmesteigerung einfach zu befehlen. Der Unter-ausschuß der Reparationskommission, das Garantiekomitee, soll nach Berlin verlegt werden und dort — faktisch — regieren, mit dem Recht, von der deutschen Regierung bestimmte Maßnahmen zu fordern oder sie ihr zu verbieten. Das deutsche Budget (oder vielmehr die deutschen Budgets, denn es handelt sich außer dem Reich auch um die Länder) soll gewaltsam ins Gleichgewicht gebracht werden: die Unterbringung von Schatzanweisungen bei der Reichsbank soll man streng verbieten; was über die laufenden Einnahmen hinaus verausgabt werden soll, muß durch innere Anleihen aufgebracht und was dadurch nicht einkommt, durch Ausgaben-Streichung einbehalten werden; eine gleichfalls zu diktorische Währungssteuerung soll sich anschließen. Das ist, was nach französischer Auffassung die Reparationskommission jetzt beschließen soll. Von einer Neu-regelung der Reparationslast selbst aber, von mehr-jähriger Atempause nach dem Plane Bradburns, von Moratorium und dergleichen soll nach dieser Auffassung der französischen Delegation jetzt überhaupt nicht gesprochen werden. Das soll Sache der geplanten internationalen Konferenz in Brüssel oder sonstwo sein, die ja vielleicht einmal wirklich stattfinden wird — die Reparationskommission soll dieser Konferenz nicht vorgreifen und jetzt nur die Finanzkontrolle über Deutschland verlängern.

Dies hat seit langem gedroht, nun rückt das Verhängnis näher. Die Franzosen operieren nach einem auf weite Sicht gestellten Plane. Sie erwägen diesmal nur nebenbei, was ihr eigentliches Ziel ist: die „Bänder“, ohne die ein Moratorium nicht gewährt werden könne; das deutsche Moratoriumsgesuch für 1923 und 1924, das heute noch nicht vorliegt und das sie erst abwarten wollen, bevor sie sich zum Thema überhaupt äußern; schließlich das Problem der internationalen Schulden, dessen Erledigung mit einer Regelung der Reparationsfrage verbunden werden müsse. Sie steuern heute nur auf den Punkt hin, der ihnen auch nach der englischen Mentalität am ehesten erreichbar scheint, die Finanzkontrolle eben, die ja der englischen Abneigung gegen Budget-miswart und Währungsverrückung (auch der englischen orthodoxen Theorie von der Finanzanordnung als einzig entscheidender Ursache aller Währungs- und sonstiger Uebel) durchaus nicht so fern liegt, wie etwa unsinnige Reparationsforderungen an Deutschland oder gefährliche politische militärische Hegemoniegefühle Frankreichs in Europa. Allerdings gibt es in Frankreich wie in England sicherlich auch manche real denkende Köpfe, die sich darüber klar sein werden, daß eine solche Finanzkontrolle über einen Staat von 60 Millionen europäischen, europäisch-hochkapitalistisch wirtschaftender Menschen leichter bekräftigt als verwirklicht wäre — real denkende Köpfe, die sich darüber klar sein werden, daß der französische Plan, wenn er die Genehmigung der Reparationskommission fände, notwendig zu einer unerhörten Zerbrechprobe nicht etwa nur für die deutschen Finanzen führen müßte, sie dadurch leicht erst zu wirklichen vollständigen Zusammenbruch gebracht werden könnten, sondern zu einer unerhörten Zerbrechprobe auch für die deutsche Regierung und den deutschen Staat, deren Existenz doch wahrhaftig heute schon nicht allzu hart unterdrückt ist.

### Das Hungergespenst in Deutschland.

Berlin, 26. Oktober. In einem Artikel über die Forderung des Tages und die steigende Not



des deutschen Volkes sagt die „Germania“: Ein unheimlicher Gast drohe für den Winter, nämlich der Hunger. Jetzt sei die Zeit der Neben vorbei und man brauche Taten. Mit Recht habe Weiß in einer Unterredung mit dem Vertreter eines italienischen Blattes gesagt, die Mark habe ihren Wert verloren, nicht durch die Schuld Deutschlands, sondern durch die Drangsalierungen und Drohungen der Alliierten.

### Strategische Notwendigkeiten?

Ein Mitarbeiter des „Diennil Romanoff“, der sich Raffandrios nennt, befürchtet, daß Polen im Falle eines Krieges von deutschen Truppen überfallen werden könnte, da das jetzige polnische Eisenbahnnetz nicht allen strategischen Notwendigkeiten genüge und die Kohlenbeschaffung sofort mit Ausbruch des Krieges in Frage gestellt werden könnte, weil alle polnischen Kohlengruben in der Nähe der Grenzen liegen. Diese Erwägungen führen Herrn Raffandrios zu folgenden Vorschlägen, die er in Nr. 241 des „Diennil Romanoff“ unter der Überschrift: „Für den Fall der Revanche“ zur Diskussion stellt: 1. Bau der strategisch notwendigen Eisenbahnlinien in Kongresspolen, nötigenfalls durch eine private französische oder amerikanische Gesellschaft, die als Gegenleistung wirtschaftliche Zugeständnisse erhalten könnte. 2. Verpfändung des bei Deutschland verbliebenen Teiles Oberschlesiens an Frankreich (!), bis Deutschland die Reparationsbeiträge restlos gezahlt haben wird. Dadurch soll die militärische Grenze Deutschlands für eine Reihe von Jahren von dem überschleifischen Kohlengebiet abgerückt werden. Außerdem müßte nach Ansicht des Herrn Raffandrios die deutsche Stadt Elbing und ein Streifen längs der Bahn Elbing—Marienburg—Marienwerder bis zur polnischen Grenze an Frankreich verpfändet werden, damit die polnische Ausfuhr und Einfuhr über Elbing geleitet werden könnte, — „denn es ist besser“, so schreibt Herr Raffandrios, „daß unsere Ausfuhr und Einfuhr über Elbing geleitet wird, wo die Franzosen die Herren sein würden, als über Danzig, wo die Polacken die Herren sind“. Raffandrios hält die gegenwärtig herrschenden Verhältnisse, die Niederlage Englands im Osten und den Kabinettswechsel in England für besonders wichtig für die Verwirklichung dieser Pläne, da England auf die Zusammenarbeit mit Frankreich angewiesen sei.

### Keine Kabinettskrisis in Südflawien.

Belgrad, 26. Oktober. Das Parlament wählte zum Präsidenten für die neue Tagung den Verfassungsminister Dr. Jovanović. Damit ist die Kabinettskrise für diesmal abgewendet. Der erste Vizepräsident ist ein Radikaler, der zweite ein Oppositioneller.

### Auf der Suche nach dem Sündenbock.

Verhaftung ehemaliger griechischer Minister. Athen, 26. Oktober. (Nat.) Auf Betreiben der Kommission zur Feststellung der Verantwortlichkeit für die letzten Vorkommnisse in Griechenland wurden die ehemaligen Minister Baltas und Vozilis verhaftet.

### Die Eisenbahnkatastrophe in Rumänien.

Wien, 26. Oktober. Aus Bukarest werden über den Zusammenstoß bei Konstanza furchtbare Einzelheiten gemeldet. Noch immer werden verschüttete Leichen unter den Trümmern des verunglückten Zuges hervorgezogen. Von den Schwerverwundeten sind weitere sechs Personen gestorben. Der Schlafwagen des verunglückten Zuges ist vollständig zerstört. Sämtliche Passagiere darin wurden getötet. Die Lokomotive des zweiten Schneesuges liegt zertrümmert neben dem Bahndamm. Der Stationschef hat die Verhaftung der Stationschefs sowie des Lokomotivführers des zweiten Zuges verfügt. Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß die Stationschefs sowie auch das Bahnhofs- und Verkehrspersonal vollständig betrunken waren, wodurch die Katastrophe herbeigeführt wurde. Die Volksmenge, die sich zu den Rettungsarbeiten einfand, ließ sich in Plünderungen hineissen. Wie der Eisenbahnminister erklärt, seien nicht einmal die elementarsten Sicherheitsvorschriften eingehalten worden. Der zweite Schneesug sei nicht der Vorschrift gemäß zehn Minuten, nachdem der erste Schneesug die Station verlassen hatte, abgefahren worden, sondern unmittelbar nach diesem abgefahren.

### Der Feda-Prozess.

Samberg, 26. Oktober. (Nat.) Während der heutigen Verhandlung im Feda-Prozess richteten die Verteidiger Fragen an den Hauptangeklagten. Da ein Teil dieser Fragen einen demontierten Charakter trug und nicht aus Sache gehörte, wurden die Verteidiger vom Vorsitzenden zu wiederholten Malen unterbrochen. Hieraus wurde der Mitangeklagte Sztajl verhört.

# Die 7 Unglücks-Jahre Max Linders

Im Restaurant, vor dem zerbrochenen Spiegel, in den Elektrischen, in Autos, in Eisenbahn-Zügen, auf den Bahnhöfen, am Grammophon, in der Menagerie, auf dem Elefanten, unter Löwen, im Gefängnis, beim Scherif, vor der Trauung, nach der Trauung u. s. w.

Da Sztajl seine anfänglichen Bekenntnisse widerrufen, bemerzte der Vorsitzende, es sei direkt ausgeschlossen, daß Sztajl vor dem Untersuchungsrichter leicht Einzelheiten bestätigen könnte, die ihn schwer belasteten. Weiterhin wurden Zettel verlesen, die Feda auf seine mitangeklagten Gefährten geschrieben hatte und die von der Gefängnisverwaltung beschlagnahmt worden sind. Auf einem dieser Zettel ist Feda dem Angeklagten Polubowicz, daß er beim Verhör alles ableugnen solle. Ein Schreiben des Angeklagten Sztajl an einen Mitangeklagten, in dem er fragt, ob er durch seine Aussagen die Lage seiner Gefährten verschlimmert habe und ob dies weitere Verhaftungen zur Folge habe, sowie ob die russische Gesellschaft über seine Aussagen sehr empört sei, hat Aufsehen hervorgerufen. Im Zusammenhange damit schreibt Sztajl, daß er nach der Entlassung aus dem Gefängnis seine Schuld durch Selbstmord tilgen werde. Der Vorsitzende stellt fest, daß infolge der Bekenntnisse Sztajls tatsächlich viele Personen verhaftet worden sind. Sztajl leugnet während der Verhandlung, daß er überhaupt etwas vom Attentat gewußt habe.

Die weitere Verhandlung wurde bis Freitag vertagt.

### Lokales.

Sodz, den 26. Oktober 1922.

### Die deutsche Vorwahlbewegung.

Vom Generalsekretariat des Deutschen Zentralwahlkomitees wird uns geschrieben:

Sonabend, den 21. d. M., begaben sich zwei Herren aus Sodz nach Durek um daselbst und in der dortigen Nachbarschaft noch etwa bestehende Zweifel bezüglich des Minderheitenblocks durch Klärung zu beseitigen. Am Bahnhof wurde die Wache von den Herren August Müller, Heinrich Trenkler, Heinrich Reuter und Robert Ulbrich, alles Mitglieder des Ortswahlkomitees, empfangen und in die Stadt geleitet, wo noch am selben Abend eine Beratung abgehalten wurde. — Der in Aussicht genommene und durch Maueranschlag bekanntgegebene Versammlungsort mußte, da eine sehr große Teilnehmerzahl aus allen Schichten der hiesigen Bevölkerung zu erwarten war, noch in letzter Stunde verlegt werden. Und nicht mit Unrecht, denn kein Raum der Stadt hätte alle Teilnehmer fassen können. Es waren außer Deutschen und Juden auch Vertreter anderer politischer Richtungen erschienen. So haben wir unter den Versammelten Anhänger der Listen Nr. 1, 2, 4, 8 und 14. Auch die Spitzen der örtlichen Behörden in Zivil fehlten nicht. Alle waren gekommen, um den Ausführungen der Sodzger Redner zu lauschen und eventuell Einspruch zu erheben. Die Versammlung wurde um 12 Uhr 20 Min. im Gemeindefestsaal durch Herrn Heinrich Trenkler eröffnet, welcher den Versammelten die Herren Karl Weigelt und stud. jur. Kalendach aus Sodz vorstellte. Als erster ergriß Herr Arthur Kalendach das Wort, welcher in sein durchdachtes Rede-Material, das wir ein faktisches und moralisches Recht haben, am Auf- und Ausbau unseres Staates mitzuwirken und daß uns dieses Recht durch die Verfassung garantiert wurde, von vielen untern Mitbürgern anderer Zunge aber freizig gemacht wird, wodurch sie uns zu Bürgern zweiter Ordnung herabdrücken. Da wir aber gleiche Pflichten haben, so müssen wir auch gleiche Rechte beanspruchen. Darum müssen wir auch unsere Stammesgenossen in den Sejm und Senat schicken. Als zweiter Redner ergriß Herr Karl Weigelt das Wort und erklärte, daß wir nur durch das für uns so ungünstig ausgefallene Wahlgesetz zur Bildung des Minderheitenblocks gezwungen wurden, und forderte alle Anwesenden auf, nicht nur persönlich für unsere Liste Nr. 16 zu stimmen, sondern auch dafür Sorge zu tragen, daß alle, die das 21. Lebensjahr erreicht haben, am Wahltage ihrer bürgerlichen Pflicht nachkommen und den Wahlzettel mit der Nr. 16 in die Wahlurne legen.

Zum Schluß wurde noch die technische Seite der Wahlen erklärt und die Anwesenden wiederholt aufgefordert, ihrerseits Fragen zu stellen und

Wünsche zu äußern, damit alle Augenauigkeiten behoben werden können. Schließlich wurde der Wunsch geäußert, auch in polnischer Sprache das schon Gesagte zu wiederholen, welchem Wunsch bereitwillig nachgegeben wurde. — Auch jetzt fand sich niemand, der widersprechen konnte, da unsere Forderungen gerecht sind und einer gerechten Sache schließlich doch zum Siege verholfen werden muß.

Am Sonntag, den 22. Oktober, hielten die Herren A. Treichel und R. Riedel in Slowik und Emilia eine Wahlversammlung ab. Herr Treichel machte in einer längeren Ansprache die Versammelten mit den Aufgaben des Minderheitenblocks bekannt. Eingehend wurde über die Ursachen seiner Entfremdung, seiner Ziele, seine künftige große Bedeutung, sowie über die Verteilung der Mandate im Minderheitenblock berichtet. Die Anwesenden wurden aufgefordert, für die Liste 16 zu stimmen und dafür Sorge zu tragen, daß jeder unter seinen Bekannten und Verwandten dafür agitieren möchte. Bei ein Mandat manchmal gerade von einigen wenigen Stimmen abhängt, sollten die Alten, Kranken und Krüppel ins Wahllokal gefahren werden. Der Redner erwähnte die Anwesenheit, ihr Volkstum und ihren Glauben nicht zu verraten. Wer nicht stimmt, gräbt sich selbst, seinen Kindern, unserer Schule, Kirche, Sprache und Religion das Grab. Nachdem Herr Riedel über den technischen Gang der Wahlen gesprochen hatte, versprachen die Anwesenden, wie ein Mann für die Liste 16 zu stimmen.

Die Organisationsarbeit im Wahlkreis 26 geht gut vorwärts. Herr König veranstaltete am Sonntag, den 22. d. M., eine Wahlversammlung in Lublin, die sehr gut besucht war und die Anwesenden für den Minderheitenblock begeisterte. Von Lublin begibt sich Herr König nach Lubartow und von dort in die großen deutschen Kolonien: Woloskowsk, Antonin, Siary 66, Zawady, Jarawintec, Jaskopol, Zuzolin und Gecow.

Herr Otto Schmidt begab sich nach Chelme, wo er die dortigen wenig zahlreichen Deutschen in einer kleinen Versammlung über den Minderheitenblock informierte. Nach Fühlungnahme mit dem ukrainischen Komitee begab sich Herr Schmidt nach Ruda-Opatowa, wo eine große Versammlung einberufen worden war. Diese Versammlung bewies, daß das Interesse der deutschen Bevölkerung für die Wahlen sehr reg ist. Alle Anwesenden erklärten sich ohne Ausnahme für die Liste 16. Für jedes Dorf wurden Vertrauensmänner gewählt. Als Wahlkreisführer für die Dörfer Ruda-Opatowa, Marcin, Jarubnik, Chomowka, Tarnowka, Raskinow, Boczajka, Boczajka und Margat, wurden die Herren Hermann Stankle, Alexander Zielle und Johann Werner gewählt. Sitz des Ausschusses ist Ruda-Opatowa. Unter den genannten Herren sind noch die Herren Karl Feda und Gustav B. ansemer eifrig für die Sache des Blocks tätig. Am Montag begab sich Herr Schmidt nach den Dörfern Bulowa, Biastki und Boczka. Am Dienstag wurde die Bearbeitung des südlichen Teiles des Kreises Chelme in Angriff genommen.

Heute begaben sich die Herren Karl Weigelt, Arthur Kalendach und Oskar Zieffe nach dem Wahlkreis 9 (Bock, Sterp, Nypin, Blonk) um daselbst die Wahlaktion in allen deutschen Ortschaften gründlich zu organisieren. Am Sonntag findet in Nypin eine große Wahlversammlung statt.

Am Sonnabend haben in Alexandrow und Babianice Wahlversammlungen statt. Am Sonntag werden in Jelow, Dorkow, Radogostek, Kochanow, Rakiet und Brzezina Wahlversammlungen veranstaltet.

Am Mittwoch, den 1. d. M., findet im Turnsaal, Zofina 82, eine große deutsche Vorwahlversammlung statt, auf der die Herren Städt, Spickermann, Dreming, Utta, Krozig und Berbe sprechen werden.

Eine von den deutsch geschriebenen Zeitungen des polnischen Kongress, den wir schon zur Ge-

nüge gekennzeichnet haben, hat jetzt endlich die heuchlerische Maske fallen lassen und klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie kein deutschgefeintes Blatt ist. Das ist die „Thorn-ner Zeitung“. Die Kreisvereinsung Thorn des Deutschthumsbundes hat diesem Blatte Inzerate bezw. Wahlversammlungen aufgeben wollen. Das Blatt hat darauf der Kreisvereinsung mitgeteilt, daß es derartige Inzerate nicht annehme und es sich ein für allemal verbiete, daß ihm derartige Inzerate angeboten würden.

Daß die „Thorn-ner Zeitung“ ein polnisches Schlingensblatt ist, war ja schon den meisten Deutschen bekannt. Nun aber wird diese Tatsache hoffentlich auch den ärgsten Träumern und Sognoranten klar sein.

Die fassam bekannte „Weichselpost“, die es sich neuerdings zur „ehrenvollen“ Aufgabe gestellt hat, die deutsche Einmütigkeit und Freudigkeit für die Wahlen in übelster Weise zu sprengen, brachte kürzlich die tendenziöse Meldung, der Abgeordnete Spickermann-Lodz sei aus dem „Block der Minderheiten“ ausgetreten. Wie wir wissen, entspricht diese Nachricht nicht den Tatsachen. Die „Weichselpost“ hat also gelogen!

Der Block der Minderheiten entfaltet in Kongresspolen und den Ostgebieten eine rege Agitationsstätigkeit. Die Deutschen betheiligen sich eifrig an der Arbeit im Interesse des Minderheitenblocks auch in den Bezirken, wo sie keine eigenen Kandidaten aufgestellt haben, sondern ihre Stimme für einen Juden, Ukrainer oder Russen abgeben werden. Das ukrainische Zentralkomitee geht mit seiner Arbeit in jedes Dorf und hat in allen Ortschaften ukrainische Wahlkomitees organisiert, die in engem Kontakt mit den jüdischen Komitees arbeiten. Nach einer Meldung der „Nowing Codziennik“ begrüßt die ukrainische Bevölkerung ihre politischen Führer enthusiastisch bei den Wahlversammlungen; besonders populär sind diejenigen unter ihnen, welche auch für die Sache der Arbeiter und Bauern eintreten. Die Weichselposten und Russen zeigen nicht weniger energisches Nationalbewußtsein und agitieren für die Sache des Minderheitenblocks. Der Wahlkampf gegen die sich absondernde Gruppe Balachowicz und anderer geht günstig vorwärts, da diese Gruppe auf dem Lande gar keinen Einfluß hat und sich nur aus ein paar bezahlten Agitatoren zusammensetzt. Die eintägige, angestrengte Arbeit aller Nationalitäten gibt uns die Gewähr, daß die Liste des Minderheitenblocks Nr. 16 eine hinreichende Menge von Abgeordneten zum Schutz der Minderheitsrechte aller Minderheiten und einer wirklich demokratischen Einrichtung des polnischen Staates in den Sejm bringen werden.

Auf einer in Wilna abgehaltenen Versammlung unter Leitung des weißrussischen Führers Luckiewicz nahmen 115 bevollmächtigte weißrussische Delegierte teil. Aus ihren Berichten geht hervor, daß die polnische Aufklärung unter den Massen der weißrussischen Bevölkerung von Tag zu Tag wächst. Es verstärkt sich auch das Bewußtsein, daß eine weißrussische Vertretung im Sejm nötig ist. Die weißrussischen Bauern interessieren sich gegenwärtig für die Wahlen und nehmen die Agitatoren des Blockes begeistert auf. Das Verständnis für den Block der nationalen Minderheiten ist vollkommen, und alle „gefährlichen“ und zu Wahlzwecken von den Polen plötzlich gegerstellten Weichselposten finden nur bei einer ganz kleinen Clique von Dorfschreibern Anhang. Die Bauern der Ostgebiete wenden sich energisch gegen das Auftreten des früheren Generals Balachowicz, Alexiuk und anderer, die den Block bekämpfen.

Was hat der Wähler zu beachten?

1. Der Stimmzettel.
- a) Der Stimmzettel muß von weißer Farbe sein.
- b) Der Stimmzettel soll von solcher Größe sein, daß er in den im Wahllokal gelieferten amtlichen Briefumschlag, der ein Format von 9x12 Centimeter hat, möglichst ungebogen hineingeht.
- c) Auf dem Stimmzettel steht nur die Zahl 16, die mechanisch aufgedruckt oder geschrieben sein kann. Jeder sonstige Zusatz ist unstatthaft.



d) Laßt euch keine falschen Stimmzettel in die Hand drücken! Nehmt die richtigen Stimmzettel nur von euren Vertrauensleuten entgegen!

## 2. Die Abstimmung.

a) Der Abstimmungstag ist: für die Wahlen zum Sejm: Sonntag, der 5. November; für die Wahlen zum Senat: Sonntag, der 12. November.

b) Die Abstimmung fängt um 9 Uhr früh an und dauert ohne Unterbrechung bis 9 Uhr abends. Wählt möglichst am Vormittag!

c) Die Abstimmung findet öffentlich in folgender Weise statt: Der Wähler tritt an den Tisch, an dem die Wahlkommission sitzt, und nennt seinen Familiennamen und Vornamen. Nachdem das protokollführende Mitglied festgestellt hat, ob der genannte Vorname und Familienname sich in der Wahlliste befinden, erhält der Wähler einen abgestempelten Briefumschlag für die Abstimmung, tut seinen Stimmzettel in ihn hinein und übergibt ihn dem Vorsitzenden der Kommission, der den Stempel auf dem Briefumschlag prüft und lechtern, ohne sein Inneres anzusehen, in die Wahlurne wirft.

d) Die Wähler, die wegen körperlicher Gebrechlichkeit die in diesem Artikel bezeichnete Tätigkeit nicht ausüben können, dürfen sich der Hilfe einer Person ihres Vertrauens bedienen.

e) Jeder Wähler muß zur Wahl ein Ausweispapier mitbringen und dem Vorsitzenden der Wahlkommission auf Verlangen vorzeigen. Als Ausweispapier gelten: Paß, Steuerzettel usw. — Wird das vorgelegte Ausweispapier als nicht genügend erachtet, so hat der Wähler zwei Zeugen beizubringen, die mindestens einem Mitglied der Wahlkommission bekannt sein müssen.

Wir erhalten nachstehende beachtenswerte Zuschrift:

### Deutsche Volksschullehrer wählen Nr. 16.

Im Wahlkreis Lodz-Land werden überall Lehrerversammlungen abgehalten, die einen überaus politischen Charakter tragen. Weil in diesem Wahlkreis der Vizepräsident des Hauptvorstandes des Lehrervereins Herr Nowicki aus Warschau als Spitzenkandidat auf der Liste Nr. 3 (Wynwood) figuriert, verlangt der Hauptvorstand von jedem Volksschullehrer, daß er, ohne Rücksicht auf seine politische Überzeugung, für die Liste 3 agitiere und stimme. Im alten Sejm waren nur 2 Volksschullehrer (Nowicki und Semikowicz), die oft einen schweren Stand hatten, aber dennoch großes geleistet haben. Es wäre von großer Wichtigkeit, in den neuen Sejm mehrere tüchtige Volksschullehrer durchzubringen. Deshalb werden überall in Dörfern und Städten des Wahlkreises Lodz-Land Lehrerverwahlgomitees gebildet, die mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln sich in den Wahlkampf stellen und recht rege Agitation für die Liste 3 betreiben sollen.

Dieses gibt uns zweierlei zu denken. Erstens, wenn die politische Begehrtheit sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln in den Wahlkampf zu stellen hat und für eine bestimmte Liste eintritt, warum darf das dann unsere deutsche Begehrtheit nicht tun? Warum verlangen Kreisvorsitzende (Kypno) von den deutschen Lehrern schriftliche Verpflichtungen, sich von jeglicher Agitation fernzuhalten? Was dem einen recht, ja sogar Pflicht ist, sollte doch dem anderen billig sein. Wo ist die Gerechtigkeit, wo die Gleichberechtigung? — Zweitens, wenn die polnische Volksschullehrerschaft des Wahlkreises Lodz-Land für die Liste 3 steht, ein Volksschullehrer ist, so sollte die gesamte deutsche Begehrtheit dieses Wahlkreises mit noch größerem Eifer für die Liste 16 eintreten, weil der Spitzenkandidat dieser Liste ebenfalls ein Volksschullehrer und dazu aber auch ein Deutscher ist. Herr Ulla, der unter der hiesigen

Die

# Kandidaten der deutschen Liste Nr. 16

treten ein:

1. für die Pflege der idealen und geistigen Güter der deutschen Volksgenossen,
2. für die Freiheit der Religion,
3. für die Erhaltung der deutschen Sprache und der deutschen Kultur,
4. für die deutsche Schule,
5. für die sittliche, wirtschaftliche und soziale Hebung des deutschen Volkstums,
6. für den Schutz und die Gleichberechtigung der deutschen Minderheiten,
7. für den gerechten Ausgleich aller Gegensätze, wie für die Versöhnung auf sozialer Grundlage.

Jeder Deutsche hat daher die Pflicht, am 5. und 12. November die deutsche Liste, die

## Liste Nr. 16

zu wählen.

deutschen Begehrtheit ebenso bekannt ist, als Herr Nowicki unter der polnischen, wird selbstverständlich auch für die allgemeinen Schul- und Bildungsinteressen des ganzen Landes in solchem Maße einzutreten verstehen, als Herr Nowicki. Aber er wird und muß auch die Schulinteressen unserer deutschen Volksschule verteidigen. Deshalb verlangen auch wir von allen unseren deutschen Volksschullehrern hierzulande, daß sie mit allen Kräften die Liste 16 unterstützen und für dieselbe agitieren möchten. Es darf sich niemand einschüchtern lassen und das Gewehr schweigend ins Korn werfen. Es ist nicht nur unser Recht, sondern auch unsere heilige Pflicht, für die Liste 16 zu agitieren. Polen ist unser Vaterland. Indem wir der Liste 16 zum Siege verhelfen, bauen wir dieses unser Vaterland auf; wir verhüten, daß aus unserem Vaterlande ein Völkchenstaat wird; wir verhelfen der wahren Demokratie zum Siege. Die Liste 16 will nicht zerstören, sondern aufbauen!

Die 14. Bezirkswahlkommission hat die Vereinheitlichung und Befestigung der Wahllisten beendet. Die Listen werden durch Vermittlung der Starosten und Gemeindevorsteher den einzelnen Stimmbezirkskommissionen überhandt werden. Die Kandidatenlisten für Sejm und Senat und tabellarische Verzeichnisse der Listen und Bevollmächtigten wurden den Starosten bereits zugestellt. (bip.)

Auf Grund einer Verordnung des Wojewoden ist in der Zeit vom 31. Oktober 3 Uhr nachmittags bis zum 6. November 10 Uhr vormittags d. J. einseitig der Verkauf und Gebrauch von Alkoholgetränken streng verboten. Uebertretungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafe von 100 000 M. oder mit 3 Monaten Gefängnis bestraft. Unabhängig davon wird den schuldigen Wirtinnen die Konzession zum Verkauf oder Ausgange von Alkoholgetränken entzogen werden. (lot.)

Die Bezirkswahlkommission verachtet gegenwärtig an die Stimmbezirkskommissionen die

Umschläge und Kandidatenlisten für Sejm und Senat. (lot.)

In den Stimmbezirkskommissionen sind nur 6 Beschwerden über Nichteintragung in die Wahllisten eingelaufen. Diese kleine Anzahl erklärt sich sowohl durch die richtige Führung der Listen sowie durch die schnelle Nachprüfung derselben durch die Wähler. (bip.)

Wie die deutschen Blätter in Katowitz melden, hat die Exekutive der deutschen sozialdemokratischen Partei auf die Beteiligung an den Sejm- und Senatswahlen verzichtet und überläßt ihren Gliedern bei den Wahlen vollständige Freiheit.

Selbstverständlich können Deutsche nur für die deutsche Liste Nr. 16 stimmen!

Die Glocken kehren zurück! Am 23. d. M. wurde auf dem Warsauer Bahnhof in Warschau mit der Abnahme eines aus Rußland zurückgelieferten Transportes von Glocken geschritten. Im Mai d. J. sind aus Rußland 64 Glocken an die Adresse der Ex-Karte Warschau eingetroffen. Der jetzige Transport zählt im ganzen 1370 Glocken verschiedener Größe, die aus verschiedenen Zeitabschnitten stammen. Die Angehörigkeit und Herkunft einiger Glocken ist bisher noch nicht festgestellt, da in Rußland absichtlich alle Zeichen und Tafeln mit den Aufschriften, die über die Herkunft dieser Kirchenglocken Aufschluß gaben, entfernt worden sind. Nichtsdestoweniger können — wenn auch die Aufschriften und Zeichen nicht mehr vorhanden sind — allein nach der Ornamentierung die Glocken katholischer Kirchen von denen der rechtgläubigen mit Leichtigkeit unterschieden werden. In geringer Anzahl sind auch aus anderen gläubigen Kirchen stammende Glocken in Warschau eingetroffen, die nach erfolgter Prüfung den betreffenden Eigentümern gleichfalls zurückgeführt werden. Der gegenwärtige Transport macht noch nicht den zehnten Teil der 1914 und 1915 von den aus Polen sich zurückziehenden russischen Behörden mitgenommenen Glocken aus.

Für G. Finder. Das Finanzministerium schrieb einen Wettbewerb für die Erfindung eines Mittels aus, das möglichst billig sein und verfahren soll, daß die Reinigung des damit behan-

## Helfen wir alle in freigelegter Weise den Invaliden. 4933

belten Spiritus für innere Zwecke nicht mehr lohnend sein würde. Für das beste und billigste Mittel sind 5 Millionen Mark ausgelegt worden. Die Bedingungen des Wettbewerbs sind in der Nr. 288 des „Monitor Polski“ angegeben.

Neues Gesetz über Beamtenpensionen. Wie der „Kurier“ o. g. berichtet, bereitet der Finanzminister im Zusammenhang mit der projektierten neuen Besoldungsordnung für die Beamten das Projekt eines neuen Pensionsgesetzes aus, das an die neuen Besoldungsgehälter angepaßt werden soll.

Das teure Heizmaterial. Gestern fand im Amt zur Bekämpfung des Wuchers die Konferenz einer Sachverständigenkommission statt, die sich aus Kaufleuten der Brennmaterialbranche zusammensetzte. Während der Beratungen zeigte sich in besonderer Weise das Abweichen in den Kalkulationen, und was sich daraus ergibt auch der Preise bei den einzelnen Firmen. Die Mangelhaftigkeit der Großhandelspreise gegenwärtig oder schlechtere Kohle („Gmanulreg“, „Furstenzube“ usw.), die bekanntlich für deutsche Markt gekauft wird. Mit diesem Einkauf stehen gewisse „Wahlspläne“ mancher Brennmaterialfirmen in Verbindung, da aber diese Pläne im Zusammenhang mit der Wertverminderung der deutschen Markt nicht immer gelingen, schlagen die Großhändler diesen Mißerfolg auf die Preise auf. Das Amt zur Bekämpfung des Wuchers konnte diese Preise keinesfalls befrachten, so daß es zur Festsetzung von Höchstpreisen nicht gekommen ist. Bezüglich der Höchstpreise brachte der „Centralverband deutscher Kaufleute“ keine Preisliste ein, die angeht die der allzu hohen Preise jedoch gleichfalls nicht befragt wurde.

Ursprungszeugnisse der polnischen Waren. Der Landesverband der Exportindustrie wurde vom Ministerium für Handel und Industrie zur Herausgabe von Ursprungszeugnissen der auszuführenden Waren ermächtigt. Das Ministerium hat auch die französische Regierung davon in Kenntnis gesetzt. (bip.)

150 Proz. gegen 16 Proz. In der letzten Sitzung der städtischen Gemeinde wurde gemäß der Bezeichnung der städtischen Kommission beschlossen, die Löhne der Friedhofarbeiter und Gemeindevorsteher um 150 Proz. zu erhöhen. Da diese Lohnerhöhung den Arbeitern nicht genügend erschien, erklärten sie eine Versammlung ein, in der sie beschlossen, 150 Proz. zu fordern. Sollten ihre Forderungen nicht bewilligt werden, werden sie den Streik erklären. (bip.)

Persönliches. Gestern kehrte der Herr Wojewode Dr. Szarapich aus Warschau nach Lodz zurück. (lot.)

Neue Preise in der städtischen Badeanstalt. In der Sitzung der Stadtkommissionenversammlung am 5. Oktober wurden ab 15. September folgende Preise festgelegt: eine Banne 1. Klasse 400 Mark, 2. Klasse 300 Mark, ermäßigte Preise 1. Klasse für Beamte 300 Mark, für ein Dampfbad 100 M., für ein Handbad 60 M., ein Baden 100 Mark. (lot.)

Eine neue Lodzer Postparaffine. Die Postparaffine in Warschau beschloß dieser Tage, eine Zweigstelle in Katowitz zu eröffnen. Da bisher in Lodz eine Zweigstelle der Postparaffine nicht besteht, wollen die hiesigen Kaufleute deshalb bei der Regierung vorstellig werden, weil die Lodzer Handels- und industriellen Unternehmungen ohne Lodzer Zweigstelle der Postparaffine von der Warschauer Kasse keinen Vorteil ziehen können, da die Gelöbterleistungen über die Postparaffine mehrere Tage in Anspruch nehmen. (bip.)

Die Förderung der öffentlichen Gesundheit. Vom 1. November ab wird in der städtischen Abteilung für Gesundheitswesen eine Sanitätskommission gegründet, die aus dem städtischen Sanitätsrat, einem Beamten der Sanitäts-

der Familie? Das letzte kam zögernd und wie wider Willen über die Lippen des alten Mannes.

„Es war niemand hier, Herr Baron, nicht so viel ich weiß. Bei Tag waren Herr Baron ja selbst immer hier...“ stammelte der Diener verstimmt.

„Natürlich. Aber nachts? Sie schlafen ja hier nebenan. Sie müßten's doch gewahrt geworden sein, wenn man hier mit Licht hantiert und in meinen Schränken wühlt!“

„Ich habe nichts gehört, Herr Baron.“

„Posch?“

Der Diener stand unbeweglich, den stieren Blick wie abwesend auf seinen Herrn gerichtet, der ihn ärgerlich und mißtrauisch ansah.

„Ich weiß wirklich nicht, was ich von Ihnen denken soll, Posch,“ sagte Baron David endlich langsam. „Dreißig Jahre lang dienen Sie mir, und nun — bin ich denn verraten und verkauft in meinem eigenen Hause?“ schloß er zornig.

Ein Zittern ging durch Posch's Gestalt. Er ballte die Fäuste, sein Atem ging laut und heftig, eine ungeheure Erregung schien ihn fast um den Verstand zu bringen. Endlich sagte er dumpf: „Ich bitte um meine Entlassung, Herr Baron. Nicht einen Tag länger kann ich Ihr Diener sein!“

Drewendt sah ihn starr an.

„Das ist Ihre ganze Rechtfertigung? Selbst, Posch! Sehr selbst!“

(Fortsetzung folgt).

Nichts vom Verganglichen, wie's auch geschah! Uns zu verwirgen, sind wir ja da.

Worte.

## Um das Erbe der Drewendts.

Roman aus der Gegenwart von F. Arnefeld.

(38. Fortsetzung.)

„Schon gut!“ Drewendt machte eine abwehrende Bewegung. „Ich lasse danken. Ich brauche nichts. Außerdem habe ich Besuch.“

„Das fehlte mir noch,“ murmelte er, als Posch wieder draußen war. „Die gute Ludowika, die mir mein Leben wie eine kalte Dusche auf die Herzen gegangen ist! Da könnte ich ja gerade so gut Sauerbrunnen trinken zur „Erregung!“

Er richtete sich, einen Frostschauer unterdrückend, auf und fuhr hastig fort: „Alles Nebenjagel! Machen wir lieber unsere Gelächter ab, Doktor. Das Testament, wie es ist, genügt nicht. Ich will noch einen Zusatz machen. Ganz hoffnungslos ist die Sache mit meiner Enkelin ja doch noch nicht. Oder hat Ihr Agent, dieser Herr Fernau — so heißt er ja wohl, nicht wahr?“

„Ja.“

„Hat er die Sache bereits aufgegeben? Glaubt er, daß das Mädchen absolut unauffindbar ist?“

Holly blickte unschlüssig in die angstvollen Augen des alten Mannes. Sollte er dem Kran-

ken sagen, wie verworren die Angelegenheit augenblicklich war? Nein. Denn das wäre kein Trost gewesen. Es hätte keine Erregung noch steigen müssen. Datum begnügt er sich zu antworten: „Herr Fernau denkt nicht daran, die Fünfte ins Korn zu werfen. Er hat im Gegenteil eine Spur gefunden und hofft zuverlässlich, Ihre Enkelin schließlich doch aufzufinden. Nur bittet er um Geduld. Denn es wird immerhin noch eine Zeit dauern, ehe —“

„Aber er hofft! Er hofft wirklich?“

Es war fast wunderbar, wie sehr sich der Gesichtsausdruck des alten Mannes plötzlich veränderte. „Wenn ich das noch erleben dürfte!“ flüsterte er inbrünstig.

Dann warf er die Decke von sich und stand auf. Erst jetzt sah man, wie abgemagert er war. „Bitte, führen Sie mich zum Schreibtisch dort! Wir wollen das Testament noch einmal prüfen. Ich habe noch nicht unterschrieben. Der Zusatz, welcher meine Enkelin betrifft, muß deutlicher gemacht werden, so daß ihr Erbrecht ihr für alle Zeiten gewahrt bleibt. Und die Nachforschungen müssen fortgesetzt werden. Auch nach meinem Tode.“

Er war mit Hollys Hilfe an den Schreibtisch getreten und hatte ein Sach deselben ausgehoben. Jetzt brach er plötzlich ab, warf einen verdächtig Blick in das Fach, dessen Inhalt nicht sehr geordnet war, und ließ sich erschöpft in den Armstuhl gleiten, der hinter ihm stand.

„Das ist doch sonderbar,“ stammelte er. „Ich

legte das Testament gestern eigenhändig hier hinein, schloß ab und ließ den Schlüssel keine Minute von mir! Und nun —“

„Seht denn etwas?“

„Nein, ich glaube nicht. Es ist ja auch nichts Wertvolles darin. Nur kleine Andenken und Familienpapiere. Aber diese Unordnung! Sehen Sie nur! Da liegt ja alles durcheinander, als hätte jemand drin gewühlt und wäre dabei verreckt worden, ehe er die Papiere wieder zurücklegen konnte.“

„In der Tat, so sieht es aus. Aber vielleicht haben Sie selbst in einer Anwendung von Unwohlsein...“

„Unsinn! Ich kann Unordentlichkeit in den Tod hinein nicht ausführen. Nein, nein, da muß jemand —“

Er klingelte erregt. Posch trat ein.

Der Baron maß ihn mit einem mißtrauischen Blick.

„Posch — waren Sie an meinem Schreibtisch?“

Der alte Kammerdiener fuhr zusammen, als habe er einen Stoß bekommen. Er wurde grauweiß im Gesicht.

„Herr Baron...“

„Antworten Sie lieber klipp und klar! Irrend jemand hat seine Finger hier drin gehabt, das steht fest! Wenn Sie's nicht selbst waren, so müssen Sie doch jemand gesehen haben, der sich hier im Zimmer zu schaffen machte. Ein Diener vielleicht? Vielleicht auch — jemand von



und fahle die besten Steine  
Brillanten, Gold, Perlen, künstl.  
Bühne, Perser-Tapoiche u. Pelze  
**N. Warzawski, Bernauer**  
Straße 9, linke Offiz., 2. St. 1894